

**Die Rückkehr der Geopolitik in Europa:
Drei Herausforderungen für die Forschungszusammenarbeit Schweiz-EU**

Simon Zemp & Adrian Tanner

Die Neuausrichtung der EU-Forschungspolitik im Zeichen der «Open Strategic Autonomy»:
In einer von geopolitischen Spannungen geprägten Welt erkennen Staaten den strategischen Stellenwert von Wissenschaft, Technologie und Innovation (WTI). Die damit einhergehende (geo-)politische Aufladung des Wissenschaftssektors hat beträchtliche Auswirkungen auf die internationale Forschungszusammenarbeit. Für die Schweiz ergeben sich insbesondere in der für ihre Wirtschaft und Gesellschaft zentralen Zusammenarbeit mit europäischen Partnern neue Herausforderungen.
Als Reaktion auf die «Rückkehr der Geopolitik in Europa»¹ vollzieht die Europäische Union eine Neuausrichtung ihrer traditionell von Offenheit und internationalen Kooperation geprägten aussenpolitischen Strategie. Unter dem Schlagwort der «Open Strategic Autonomy» rücken geopolitische Eigeninteressen in den Vordergrund und selektiver Protektionismus und ideologische Abgrenzung gewinnen an Bedeutung.² Ein «(Re)bordering» des Europäischen Forschungsraums (EFR) und eine stärker an strategischen Interessen orientierte Forschungspolitik sind die Konsequenz.³ Für die Schweiz, die kein EU-Mitglied ist, sich aber zu einem festen Bestandteil des EFR entwickelt hat, kommt diese Neuausrichtung mit Herausforderungen – und zwar unabhängig von einer Assoziierung der Schweiz an die EU-Forschungs- und Innovationsprogramme. Die Assoziierung – und damit verbunden, stabile politische Beziehungen zur EU – sollte für den Forschungsstandort Schweiz weiterhin höchste Priorität haben.⁴ Für eine nachhaltige Sicherung der erfolgreichen Forschungszusammenarbeit mit der EU muss sich die Schweiz allerdings auch mit den Herausforderungen einer geopolitisierten Forschungspolitik auseinandersetzen.

Der Status der Schweiz in den EU-Rahmenprogrammen (RP) für Forschung und Innovation (In Anlehnung an SBFI) ⁵



*assoziiert ab Nov. 2025

Herausforderung 1: Knowledge Security – die EU reagiert auf eine veränderte sicherheitspolitische Lage



Die EU gestaltet den WTI-Sektor zunehmend unter sicherheitspolitischen Gesichtspunkten. Offenheit und internationaler Austausch, essenziell für den wissenschaftlichen Fortschritt, bieten in einem angespannten globalen Umfeld Angriffsfläche für Missbrauch. Mithilfe des Konzepts der «Knowledge Security» sollen wissenschaftliche Werte geschützt und die internationale Zusammenarbeit sicher und den Europäischen Interessen dienlich gestaltet werden.⁶ Besonders «Dual Use Research», Forschung, die für zivile, wie auch militärische Zwecke verwendet werden kann, rückt in den Fokus. Die EU will verhindern, dass potenziell feindselige Akteure Zugang zu solch sensibler Forschung erhalten. Zugleich fördert sie «Dual Use Research» bewusst zur Stärkung der eigenen militärischen Schlagkraft und ihrer Wirtschaft. Kern- und Drohnenforschung sind Beispiele solche Bereiche, die bereits seit Jahrzehnten von Staaten besonders geschützt und gefördert werden.⁷ Die Herausforderung für die Schweiz besteht darin, dass die EU zwar zunehmend in solch strategisch wichtige Forschungsbereiche investiert, der Zugang dazu allerdings vermehrt den EU-Mitgliedstaaten vorbehalten sein könnte. So blieb der Schweiz beim Inkrafttreten der Übergangsregelung für das Horizon-Paket Anfang 2025 zunächst der Zugang zu Quantum- und Raumfahrtforschung verwehrt⁸ – auch wenn er später wieder geöffnet wurde. Hingegen sind die Programmteile zu Cybersicherheit und Halbleitertechnologie vom Digital Europe Programme auch mit einer Assoziierung weiterhin nur EU-Mitgliedern und EWR-Staaten vorbehalten.⁹
Mit Horizon Europe 2028-2034, das sich zurzeit in der Planungsphase befindet, dürfte sich dieser Trend verstärken. Brisant ist der Vorschlag der EU-Kommission, die bisherige Zivilklausel in den Programmen aufzuheben und unter dem Leitprinzip «dual use by default» auch militärische Projekte fördern zu

können.¹⁰ Die Kommission sieht weiter explizit vor, dass assoziierte Länder von Programmteilen ausgeschlossen werden können, wenn EU-Interessen als gefährdet gelten – ohne dass aktuell klar ist, welche Bereiche dies konkret betrifft.¹¹ Das Risiko für die Schweiz ist somit ein wachsender Anteil innerhalb der EU-Förderprogramme, zu denen sie aufgrund sicherheitspolitischer Überlegungen keinen oder nur eingeschränkten Zugang haben könnte.

Herausforderung 2: Economic Security – EU-Forschung im Dienst des Wettbewerbs



Gleich zu Beginn ihrer zweiten Amtszeit setzte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen den Ton: «Our first priority will be prosperity and competitiveness.»¹² Die neue Wettbewerbsorientierung prägt auch die Forschungspolitik der EU: Forschung soll die eigene Wirtschaft gegenüber strategischen Konkurrenten stärken und Risiken für die wirtschaftliche Sicherheit abfedern.¹³ Im Zentrum stehen Schlüsseltechnologien wie KI, Halbleiter, Quanten- und Biotechnologie.¹⁴ Eine globale Führungsposition in diesen Bereichen bringt nicht nur ökonomische Vorteile, sondern ist auch für die europäische Sicherheitsarchitektur zentral: Als «Dual-Use-Güter» besitzen diese Technologien zugleich erhebliches militärisches Potenzial, wodurch die enge Verknüpfung zur Herausforderung 1 «Knowledge Security» deutlich wird. Die EU setzt mit ihrer Strategie zur «Economic Security»¹⁵ auf einen ganzheitlichen Ansatz, der industrie- und sicherheitspolitische Ziele berücksichtigt.

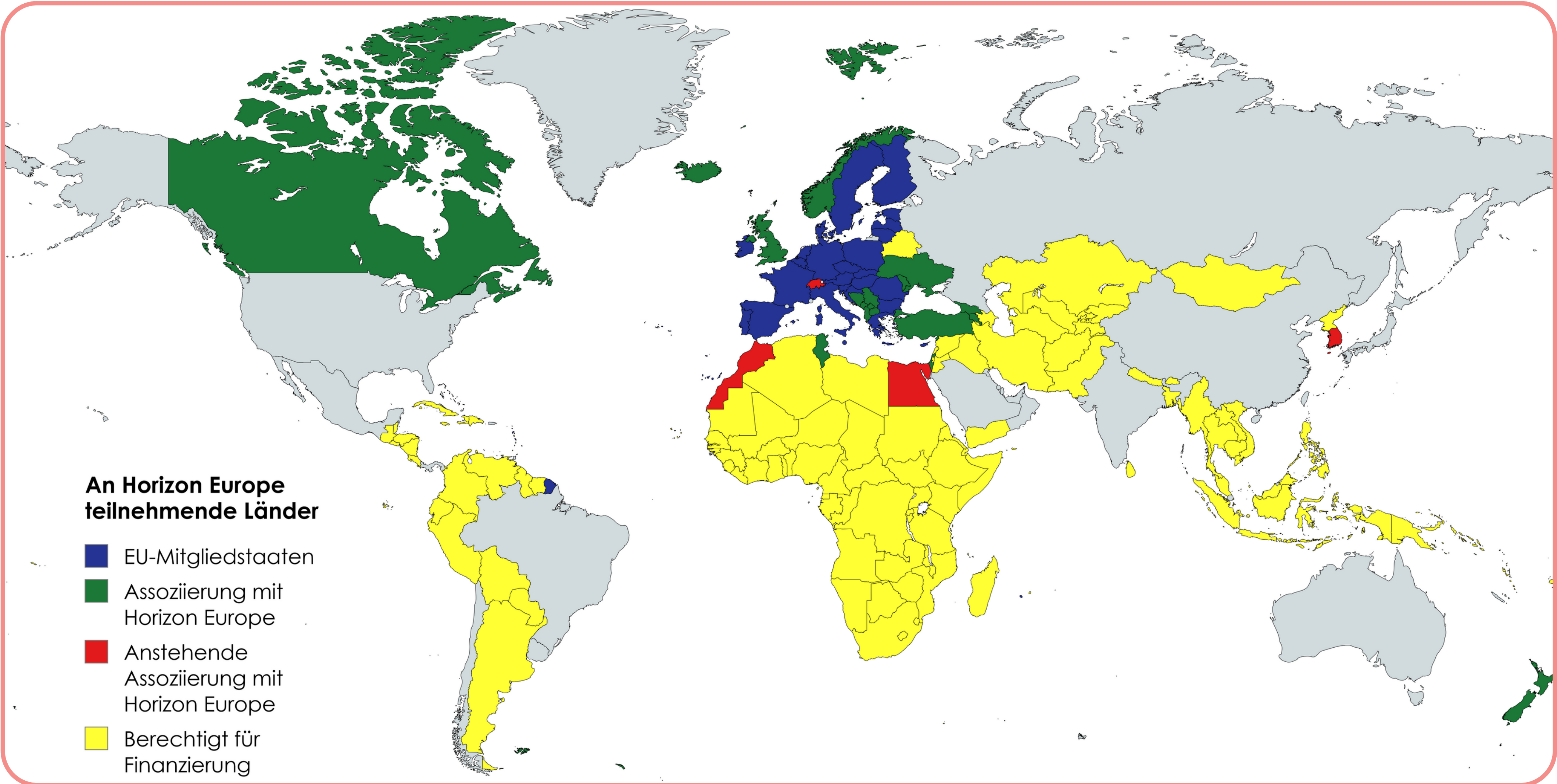
In den kommenden EU-Forschungsprogrammen wird die Wettbewerbsorientierung eine prägende Rolle spielen, sichtbar etwa in den Plänen der Kommission, Forschungs- und Innovationsförderung eng mit dem neu geschaffenen European Competitiveness Fund (ECF) und dessen Regelwerk zu verknüpfen.¹⁶ Es sind wiederum die Drittstaaten, die von dieser Neuausrichtung besonders betroffen sein könnten und sich entsprechend verunsichert zeigen.¹⁷ Die Schweiz und weitere assoziierte Länder befürchten, dass Exzellenz und Zusammenarbeit in Europa gegenüber industriepolitischen Prioritäten der Kommission zweitrangig werden und die Forschungsprogramme ihre traditionelle Autonomie verlieren.¹⁸ Geteilt wird diese Sorge von wichtigen europäischen Stakeholdern wie der European University Association¹⁹ oder Science Europe²⁰. Angeführt von Deutschland und Spanien haben sich auch neun Forschungsminister:innen aus EU-Mitgliedstaaten für die Unabhängigkeit von Horizon Europe stark gemacht und insbesondere die strategische Steuerung durch den ECF kritisch kommentiert.²¹ Für Schweizer Forschende bleibt das Risiko, bei industriepolitisch-geprägten Ausschreibungen zukünftig vermehrt das Nachsehen zu haben oder gar nicht erst zugelassen zu sein. Weil EU-Grants als besonders prestigeträchtig gelten, betreffen die Nachteile nicht nur finanzielle Aspekte, sondern besonders auch Reputation und Karrierechancen.²²

Herausforderung 3: Forschungsprogramme – ein aussenpolitisches Druckmittel für die EU



Mit dem Europäischen Forschungsraum (EFR) und den dazugehörigen Programmen hat die EU eine Struktur für internationale Forschungszusammenarbeit geschaffen, an der auch zahlreiche Nicht-EU-Staaten aus Europa und darüber hinaus beteiligt sind (vgl. Karte auf Seite 3). Der offene, kollaborative Ansatz des EFR hat sich als grosser Erfolg erwiesen: Er stärkt Forschung und Innovation sowohl in der EU als auch in den assoziierten Drittstaaten (vgl. Fakten zur Forschungszusammenarbeit CH-EU auf Seite 3). In geopolitisch unruhigen Zeiten verschafft die Inklusivität des EFR der EU-Kommission einen wirkungsvollen Machthebel: Da die EU, und insbesondere die EU-Kommission, über die Zugangsbedingungen zu den Forschungsprogrammen befindet, verfügt sie über ein aussenpolitisches Druckmittel. Sowohl die Schweiz²³ als auch das Vereinigte Königreich²⁴ haben in ihren bilateralen Verhandlungen mit der EU erfahren, dass aussenpolitische Dynamiken die beidseitig vorteilhafte Forschungsk Kooperation beeinträchtigen können. Jüngst drohte die EU-Kommission auch Israel mit einer Einschränkung des Zugangs zu Horizon Europe aufgrund der humanitären Lage im Gazastreifen.²⁵ Innerhalb der EU dienen die Forschungsprogramme ebenfalls als Druckmittel, wie der Umgang mit Ungarn zeigt.²⁶

Auch diese Entwicklungen können als Ausdruck einer zunehmenden Geopolitisierung der europäischen Forschungszusammenarbeit gelesen werden – eine Realität, mit der die Schweiz umzugehen hat. Der entsprechende Machthebel der EU unterstreicht die Bedeutung der EU-Forschungsk Kooperation, droht aber zugleich, zu einem herausfordernden Faktor für die künftigen Beziehungen der Schweiz zur EU zu werden.



Karte der an Horizon Europe teilnehmenden Länder, Stand April 2025²⁷ (erstellt mit mapchart.net)

Forschungszusammenarbeit CH-EU in Zahlen

6

Das EU-Programmabkommen (EUPA), gekoppelt an das Vertragspaket Schweiz-EU, regelt die Teilnahme der Schweiz an sechs Programmen (Horizon Europe, Euratom-Programm, Forschungsinfrastruktur ITER, Digital Europe Programme - zusammengefasst als Horizon-Paket 2021-2027 - sowie Erasmus+ und EU4Health).²⁸

17.5 %

Erfolgsquote der Schweizer Projektvorschläge in Horizon 2020. Einzig Österreich war erfolgreicher.²⁹

1000

Schweizer Unternehmen profitieren 2020 von EU-Direktförderungen, mehr als in vergleichbaren Ländern wie Schweden oder Finnland.³⁰

11-fach

Geschätzt bringt jeder investierte Euro bis 2045 das 11-Fache an BIP und das 3-Fache an privaten Investitionen.³¹

#1

Horizon Europe 2021-2027 ist mit einem Budget von knapp 100 Mrd. weltweit das grösste Programm zur Förderung von Forschung und Innovation.³²

1/4

der von Horizon Europe geförderten Projekte in der Schweiz oder mit Schweizer Partner:innen begünstigen direkt Schweizer KMU. Für KMU sind die EU-Programme die wichtigste öffentliche Quelle zur Finanzierung von Forschung und Innovation.³³

Forschungszusammenarbeit CH-EU konsolidieren – auch in geopolitisch unruhigen Zeiten:

Die Forschungszusammenarbeit zwischen der Schweiz und der EU bietet für beide Seiten erhebliche Vorteile (vgl. Fakten zur Forschungszusammenarbeit CH-EU auf Seite 3), war in jüngster Zeit jedoch von grosser Instabilität und Unsicherheit geprägt (vgl. Zeitstrahl auf Seite 1). Eine Vollasoziiierung der Schweiz an die Europäischen Forschungsprogramme ist Voraussetzung, um diese Vorteile – gerade auch für den Wirtschaftsstandort Schweiz – nachhaltig zu sichern.³⁴ Der Blick auf die drei Herausforderungen zeigt jedoch, dass die Schweiz sich nicht allein auf die Assoziierung verlassen kann: Ihre Forschungspolitik muss sich gezielt auch auf die Rückkehr der Geopolitik in Europa und weltweit einstellen. Für eine erfolgreiche Teilnahme an den EU-Forschungs- und Innovationsprogrammen müssen insbesondere die sich gegenseitig verstärkenden Auswirkungen der EU-Prioritätensetzung auf Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit berücksichtigt werden.

Die ab 2028 eingeführten EU-Forschungsprogramme befinden sich derzeit in der Planung; die Stossrichtung der Kommission ist zwar klar, viele Details sind jedoch noch offen.³⁵ Für Drittstaaten wie die Schweiz gilt es insbesondere zu klären, wie sich die «Dual-Use»-Fokussierung auf die Teilnahmebedingungen in den verschiedenen Programmbereichen konkret auswirkt.

Zugleich ist festzuhalten, dass die EU den Wert der Offenheit und internationalen Zusammenarbeit auch in geopolitisch angespannten Zeiten in ihrer Programmplanung prominent verankert.³⁶ Eine enge Forschungs Kooperation mit der Schweiz, die insbesondere in den strategisch wichtigen Feldern wie der Quantentechnologie eine führende Rolle spielt³⁷, dürfte auch künftig im Interesse der EU sein. Voraussetzung ist, dass die Schweiz gegenüber ihren europäischen Partnern als verlässliche und vertrauenswürdige Akteurin auftritt.

Folgende vier Denkanstösse zeigen mögliche Wege auf, wie es der Schweiz gelingen kann, den Europäischen Forschungsraum auch in geopolitisch angespannten Zeiten erfolgreich mitzugestalten:



Promote your own system: Forschung und Innovation sind für die Schweiz von (geo-)strategischer Relevanz und müssen gefördert werden. Mit Sparmassnahmen in Bildung, Forschung und Innovation gefährdet die Schweiz ihre wichtigste Ressource und ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit. Investitionen sind darüber hinaus unumgänglich, um die EU und den Rest der Welt weiterhin vom Forschungsstandort Schweiz zu überzeugen und den EFR gemeinsam zu stärken.



Wissen sichern: Die Schweiz muss fit werden für «Knowledge Security», um mit den Standards der EU und den Entwicklungen weltweit mitzuhalten und die internationale Anschlussfähigkeit zu garantieren. Angesichts der Komplexität und der gemeinschaftlichen Verantwortlichkeiten ist dafür ein «Whole-of-Government-Ansatz» erforderlich, in dem Bund, Kantone, Hochschulen sowie weitere Stakeholder aus Wirtschaft und Wissenschaft eng zusammenarbeiten.



Sichere Diversifizierung: Als Ergänzung zum EFR sollte die Schweiz andere internationale Forschungs Kooperationen weiter ausbauen, um die globale Vernetzung zu stärken und Abhängigkeiten von der EU zu reduzieren – ohne die zentrale Bedeutung des EFR infrage zu stellen oder zu gefährden. Das bedeutet insbesondere, dass bei Kooperationen mit risikobehafteten Ländern wie China die europäischen Sicherheitsanforderungen strikt beachtet werden müssen, um keinen Ausschluss aus EU-Schlüsselprogrammen zu riskieren.



BFI und Aussenpolitik gemeinsam denken: Angesichts der strategischen Bedeutung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI) für den Wohlstand und die globale Positionierung der Schweiz, muss der Bereich in der Aussenpolitik – insbesondere im Europadossier – mehr Gewicht erhalten. BFI ist dabei als Kontinuum zu verstehen, das durch die Aussenpolitik ganzheitlich gestärkt und in einen internationalen Kontext eingebettet werden muss. Für die Innovationskraft des Landes sind beispielsweise nicht nur die internationalen Forschungs Kooperationen unabdingbar, sondern auch die internationale Mobilität in der Bildung – wie sie etwa durch das EU-Bildungsprogramm Erasmus+ gefördert wird.



Zur digitalen Version und Bibliographie